

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 07.05.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter für Hrn.Dieringer
Herr Jürgen Busse	CDU	Vertreter für Hrn. Sänger
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertreter für Hrn. Dr. Köck
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	ab 17:20 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	bis 18:40 Uhr
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Claudia Cappeller	SKE	
Herr Christian Glüse	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	bis 18:40 Uhr
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Rainer Köhne	SKE	ab 17:30 Uhr
Herr Dieter Schika	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.
Herr Dr. Henrik Helbig	SKE
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013 und 09.04.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2013/11511
- 4.2. Neubesetzung eines Mitgliedes für Gestaltungsbeirat 2013 – 2015 (1. Amtszeit)
Vorlage: V/2013/11587
- 4.3. Baubeschluss Gertraudenfriedhof - Kolonnaden
Vorlage: V/2013/11590
- 4.4. Baubeschluss Gertraudenfriedhof - Vorplatz Feierhalle und andere Nebenanlagen
Vorlage: V/2013/11596
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352
- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546
- 5.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage des Sachkundigen Einwohners Christian Glüse (CDU-Fraktion) zu einer Landesgartenschau in Halle
Vorlage: V/2013/11658
7. Mitteilungen
- 7.1. aktuelle mündliche Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfrage Herr Feigl zur Vorzugsvariante Böllberger Weg / Künstlerhaus 188
- 8.2. Anfrage Herr Felke zur Spielflächenkonzeption
- 8.3. Anfrage Herr Felke zur Kontrolle von verwaehrlosten Gebäuden
- 8.4. Anfrage Herr Schika Fußweg Neuglück
- 8.5. Anfrage Herr Bauersfeld zu Pflegemaßnahmen
- 8.6. Anfrage Herr Kley zum Umbau der Grundschule am Heiderand
- 8.7. Anfrage Frau Klein zur Brückensituation in Halle
- 8.8. Anfrage Frau Capeller zu Baumaßnahmen an der Spitze
- 8.9. Anfrage Frau Capeller zu Verkehrszählungen im Paulusviertel
- 8.10. Anfrage Frau Capeller zur Denkmalpflasterung Paulusviertel
- 8.11. Anfrage Herr Sprung Regensburger Straße
- 8.12. Anfrage Herr Köhne zur Baumaßnahme Halle Ost
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sommer eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Top 5.3 und die Niederschrift vom 09.04.2013 werden auf Juni vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013 und 09.04.2013

Die Niederschrift vom 12.03.2013 wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2013/11511**

Die Vorlage wurde zur Diskussion gestellt.

Herr Kley fragte nach der Formalie, kann ein „Papier“, das sich in der Auslegung befindet durch eine neue Vorlage einfach geändert werden? Wäre es dann auch möglich, dass man im Stadtrat durch Anträge, dieses Verfahren noch einmal „auf macht“ und weitere Änderungen in den Entwurf hinein beschließt?

Gab es im Verfahren weitere Anregungen, als das Nahversorgungszentrum Ammendorf und wo kann man diese nachlesen?

Herr Loebner und **Herr Kummer** beantworteten die Fragen und erläuterten, dass die gesetzlichen Regelungen des BauGB genau dieses Verfahren vorsieht und Anregungen im Rahmen der Offenlage ermöglicht. Der Stadtrat kann sowohl über die hier vorliegende Änderung des Entwurfes beschließen, als auch weitere Änderungen zum Beschluss bringen. Die im Verfahren eingegangenen Anregungen sind in der Anlage 3 der Vorlage enthalten.

Herr Feigl fragte, woher die Anregung zum Nahversorgungszentrum komme.

Herr Kummer erklärte, dass sowohl Wünsche von Bürgern im Verfahren geäußert wurden nach einer besseren Nahversorgung, die Anregung zur Ausweisung dieses Nahversorgungszentrums komme von der HAVAG und einem privaten Investor.

Herr Feigl und **Herr Kley** baten um Erläuterung warum in Ammendorf so stark in die bestehende Struktur eingegriffen werden soll. Das eigentliche Zentrum von Ammendorf befinde sich da, wo das ehemalige Rathaus stehe. Mit der Ausweisung des Nahversorgungszentrums schwäche man die Struktur und die noch vorhanden kleinen Läden. Hier wären doch eher neue Ideen für das alte Zentrum und das alte Rathaus gefragt

Herr Kummer erläuterte den Werdegang zu der nun vorliegenden Änderungsvorlage zum

Nahversorger Ammendorf und ging dabei insbesondere auf die nicht vorhandene Flächenverfügbarkeit im alten Zentrum und den inhaltlichen Rahmen (Vollversorger/Verkaufsraumfläche/ ergänzende Angebote) der Ausweisung des Nahversorgers ein.

Frau Capeller und **Herr Bauersfeld** hinterfragten die Flexibilität des Zentrenkonzeptes, inwiefern gibt es Investoren Raum für Entwicklungen. Muss immer eine Änderung des Konzeptes beschlossen werden wenn Jemand investieren möchte?

Herr Kummer erläuterte die Möglichkeiten eines Zentrenkonzeptes und dass in diesem Rahmen viele Spielräume bestehen insofern die Ansiedlungsabsichten mit den ausgewiesenen Zentren übereinstimmen.

Die Frage von **Herrn Dr. Fikentscher**, ob eine Prüfung zu Kaufkraft, Kaufkraftabfluss bzw. –verschiebung erfolgt ist, wurde von Herrn Kummer bejaht. (Gutachter hat es geprüft)

Herr Kley fragte nach dem „roten Faden“ der Verwaltung. Einerseits gäbe es Einschränkungen (Obere Leipziger Straße/Charlottencenter) und andererseits gäbe es Zugeständnisse, sobald ein Verkaufsinteresse einer städtischen Gesellschaft vorliege, da gäbe es sogar eine Umwidmung von Gewerbefläche in Einzelhandelsfläche. Die Notwendigkeit eines Zentrenkonzeptes wird von ihm nicht gesehen.

Herr Sommer sprach sich für die Notwendigkeit eines Steuerungselementes, wie das Zentrenkonzept aus und erläuterte den Standort Ammendorf aus seiner Sicht.

Auch **Herr Sprung** folgte der Argumentation, ein Ortszentrum definiert sich nicht durch einen Einkaufsmarkt. In der Beurteilung der Wertigkeit eines Zentrenkonzeptes schloss er sich der Auffassung von Herrn Kley an.

Herr Felke fragte nach der Nachhaltigkeit der Planung und nach den Auswirkungen bei Aufgabe von Märkten; inwiefern sieht die Verwaltung Möglichkeiten eine Rückbaurücklage hinterlegen zu lassen.

Frau Klein bekräftigte, dass sie damit während ihrer Amtszeit schon erfolgreich umgegangen sei (befristet Baugenehmigung und Rückbaurücklage)

Herr Kley fragte, inwiefern in diesem Bereich Fördermittel für eine Altlastensanierung in Anspruch genommen wurden?

Herr Loebner sagte eine Prüfung zu.

Herr Kley fragte weiterhin, ob die beabsichtigte Änderung des FNP mit der oberen Behörde schon einmal vorbesprochen wurde.

Herr Loebner erklärte, dass mit dem Landesverwaltungsamt das Gespräch gesucht wird, sobald man auf der Grundlage einer Willensbekundung des Stadtrates (Beschluss) einen konkreten Vorgang vorlegen kann.

Die Frage von **Herrn Feigl** nach der derzeitigen Vermietung der baulichen Hüllen an Gewerbetreibende wurde verneint. Derzeit werden vorrangig Stellplätze vermietet.

Frau Klein und **Herr Kley** hinterfragten noch einmal, warum die Verwaltung die Notwendigkeit sieht, dieses Zentrenkonzept beschließen zu lassen und es somit in die öffentliche Diskussion zu bringen, wieso genüge so ein Konzept nicht für den internen Gebrauch der Verwaltung, als Handlungsmaxime, ohne Beschlusskraft.

Herr Loebner erläuterte noch einmal den gesetzlichen Rahmen solcher Konzepte, die auf der Grundlage der Forderungen des BauGB erstellt werden und eines Beschlusses bedürfen, wenn sie als Steuerungselement genutzt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird geändert. Als zusätzlicher zentraler Versorgungsbereich mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums wird der Standort Ammendorf aufgenommen.
2. Der Abgrenzungsvorschlag für den zentralen Versorgungsbereich in Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf wird bestätigt.
3. Die Zusammenfassende Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf einschließlich des Abgrenzungsvorschlages wird öffentlich ausgelegt.

zu 4.2 Neubesetzung eines Mitgliedes für Gestaltungsbeirat 2013 – 2015 (1. Amtszeit) Vorlage: V/2013/11587

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob sichergestellt sei, dass das neue Mitglied keine geschäftlichen Aktivitäten in Halle verfolgt.

Herr Loebner bestätigte, dass dies durch die Anerkennung der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates gewährleistet ist.

Herr Felke fragte inwieweit das Ziel verfolgt wird, den Gestaltungsbeirat zunehmend mit ortsansässigen Mitgliedern zu besetzen.

Herr Loebner und **Herr Sommer** erläuterten, dass dies in der Form nicht gewollt ist, einheimische Architekten hätten auch meist einheimische Projekte. Durch die Mitglieder der Kammern ist die regionale Verbundenheit sichergestellt.

Frau Capeller fragte nach dem nächsten Termin des Gestaltungsbeirates.

Herr Loebner erklärte, dass es bereits eine lange Liste von Themen gäbe und vorbehaltlich der Freigabe der erforderlichen HH-mittel ist der nächste Termin für den 06.06.2013 geplant.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt gemäß Ziffer 2 der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat in der Fassung der zweiten Änderung für folgende Personen die Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat für den Zeitraum vom 06.06.2013 bis 05.09.2015:
 - Frau Dr. Sonja Beeck, Architektin
(Gastprofessur an der Universität Kassel, Fachbereich Architektur – Stadtplanung – Landschaftsplanung)

zu 4.3 Baubeschluss Gertraudenfriedhof - Kolonnaden Vorlage: V/2013/11590

Die beiden Vorlagen wurden gemeinsam behandelt.

Herr Rost erläuterte die Möglichkeiten, die sich mit den Baubeschlüssen für die Sanierung

des Gertraudenfriedhofes bieten: Wichtig ist es mit dem ersten Teilprojekt zu starten, um für das Jubiläumsjahr 2014 bereits Zeichen setzen zu können. Insbesondere die Besonderheiten der Verwendung der Ruherechtsentschädigung für die Friedhöfe wurde dargestellt.

Herr Felke fragte, ob diese Vorlagen erstmalig die Verwendung der Ruherechtsentschädigung in dieser Form beinhalten.

Herr Rost bejahte dies.

Herr Sommer hinterfragte den in der Vorlage erwähnten Abriss des Pförtnerhauses.

Herr Rost erläuterte, um welches „Gebäude“ es sich dabei handelt.

Herr Kautz wollte wissen, warum der in Aussicht gestellte Baubeginn erst so spät im Jahr erfolgen soll.

Herr Rost erklärte, dass die Klarheit zur Mittelverwendung erst sehr spät bestätigt wurde.

Die Verfahren mit Ausschreibung und Vergabe der Leistungen sowie notwendiger Beschlussfassungen erfordern viel Zeit, die Bestrebungen liegen aber darin, hier so schnell wie möglich mit den Bauarbeiten beginnen zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL; VOF und HOAI beschließt die Sanierung und Instandsetzung der Kolonnaden im Eingangsbereich des Gertraudenfriedhofes.

**zu 4.4 Baubeschluss Gertraudenfriedhof - Vorplatz Feierhalle und andere Nebenanlagen
Vorlage: V/2013/11596**

Diskussion siehe Top 4.3.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, VOF und HOAI beschließt die Sanierung und Instandsetzung der Zuwegungen, Treppen, Rampen und Stützmauern, Seitenflügel mit Kapitellbauten und Vorplatz Feierhalle des Gertraudenfriedhofes.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352**

Herr Bauersfeld begründete seinen Antrag ausführlich.

Herr Sommer stellte fest, dass es sich eigentlich um einen Prüfantrag handle, die Verwaltung in ihrer Antwort aber bereits ausführlich die Ergebnisse der Prüfung vorgelegt hat.

Herr Otto erläuterte noch einmal die ÖPNV Erschließung des Gebietes mit Haltestellen. Langfristig wird es zu einer Reduzierung von Linien kommen, was die Konsequenz hätte, dass die Erschließung der Schulstandorte nicht mehr gegeben wäre, würde man dem Antrag folgen.

Herr Kley merkte an, dass er an einem Abend beobachtet hätte, dass am Glauchaer Platz auf Grund eines Ampelausfalls keine wartenden PKW zu sehen waren.

Herr Otto ging auf die Anmerkung ein und erläuterte, dass die Ampeln auch den schwächsten Verkehrsteilnehmer zu schützen haben – den Fußgänger und veranschaulichte die hohe Frequenz an Fußgängerquerungen. Weiterhin erklärte er die Steuerungsmöglichkeiten infolge einer Signalisierung.

Herr Bauersfeld fragte, warum bei der Behandlung solcher Themen nicht die HAVAG eingeladen wird. Hier gehe es doch auch um die wirtschaftlichen Forderungen des Unternehmens.

Herr Otto erklärte, dass der Nahverkehrsplan, der in enger Abstimmung mit der HAVAG erarbeitet wird und durch den Stadtrat beschlossen wird, die wirtschaftlichen Vorgaben definiert. Die Linien werden nicht durch den Stadtrat beschlossen, das ist Sache der HAVAG in Ausgestaltung des Nahverkehrsplanes.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme
5 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Verkehrssituation für den Kfz-Verkehr am Franckeplatz zu erreichen. Dazu soll die Verwaltung die HAVAG anweisen, eine Entzerrung des Straßenbahnverkehrs durch Optimierung ihrer Streckenführung zu untersuchen. Dabei ist auch eine mögliche Entlastung des Franckeplatzes durch eine Ergänzung des bestehenden Straßennetzes durch eine Trasse vom Hallmarkt über den Knoten 46 bis zum Böllberger Weg zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll dem Stadtrat bis zur Julisitzung dieses Jahres vorgelegt werden.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien
Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546**

Herr Feigl gab seinem Bedauern Ausdruck, dass derartige Anträge überhaupt gestellt werden müssen, dies wäre doch in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit.

Herr Felke fragte, ob es im Rahmen der Förderung aus diesem Programm möglich sei, von der Experimentierklausel Gebrauch zu machen und wie der Betrieb eines Fahrstuhles durch den Investor sichergestellt werden kann.

Herr Kley meinte, dass barrierefrei auch sehr unterschiedlich umgesetzt werden kann, es muss doch nicht unbedingt ein Fahrstuhl sein, Rampen seien angemessener.

Herr Loebner erklärte, dass das Thema der Barrierefreiheit noch in Bewegung ist. Im Planungsausschuss wurden ja bereits verschiedene Varianten vorgestellt, derzeit sei man mit der Uni in Kontakt, ob gemeinsam eine einfache, städtebaulich verträgliche Variante

gefunden werden könne. Im Falle der Errichtung eines Fahrstuhls sei der Fördermittelempfänger selbstverständlich auch für den Betrieb der Anlage verantwortlich. Bezüglich der Experimentierklausel ist die Verwaltung im Gespräch mit dem Fördermittelgeber.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich in Kooperation mit dem privaten Bauherren dafür einzusetzen, dass für die neu geplanten Steintorpassage ein Aufzug als eine möglichst direkte behindertengerechte Verbindung zwischen neuem Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität und dem im Rahmen des Stadtbahn-Programms umzugestaltenden Steintor-Platzes realisiert wird. Dabei sind auch die langfristig anfallenden Kosten für unterbrechungsfreien Betrieb, Unterhalt und Wartung von vorneherein konzeptionell zu berücksichtigen.

zu 5.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen
Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft auch ohne einen Seitenkanal zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Halle/ Saale ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (ohne Saalseitenkanal) ein.
2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.
4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.
5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sind Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha auszusetzen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Christian Glöse (CDU-Fraktion) zu einer Landesgartenschau in Halle
Vorlage: V/2013/11658**

Die Anfrage wurde vertagt, da die schriftliche Antwort erst im Juni vorliegt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die erste Landesgartenschau fand 2004 in Zeitz statt. Seitdem haben weitere in Wernigerode (2006) und Aschersleben (2010) stattgefunden. Die nächste findet 2018 in Burg statt. Alle bisherigen Landesgartenschauen waren ein Erfolg für die jeweilige Stadt und die Region. Trugen zu einem positivem Image bei und boten die Möglichkeiten, ein besonderes Stadtgrün zu schaffen und Brachflächen zu nutzen.

1. Ist die Bewerbung der Stadt zur Ausrichtung einer Landesgartenschau bisher ein Thema gewesen?
2. Gab es in der Vergangenheit erste Planungsschritte?
3. Was waren die Gründe, neben den finanziellen Erwägungen, dass dies nicht angegangen wurde?

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 aktuelle mündliche Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Feigl zur Vorzugsvariante Böllberger Weg / Künstlerhaus 188

In Ergänzung der bereits gestellten Anfrage zum Quartalsbericht Stadtbahnprogramm im Stadtrat April 2013, stellte **Herr Feigl** die Frage, wann den Stadträten die Varianten der Planung zum Böllberger Weg vorgestellt werden. Er forderte eine frühzeitige Einbeziehung in die Entscheidungsfindung und nicht erst, wenn die Vorzugsvariante durch die Verwaltung festgelegt wurde und somit um Vorstellung der Varianten im nächsten Planungsausschuss. **Herr Loebner** erklärte, dass es noch keine Entscheidung zu einer Vorzugslösung durch die Verwaltungsspitze gäbe, da die dafür notwendigen Abstimmungen noch nicht abgeschlossen werden konnten. Erst danach ist eine fundierte Befassung der Gremien mit dem Thema möglich. Er werde diesbezüglich eine Rücksprache mit dem OB anstreben.

zu 8.2 Anfrage Herrn Felke zur Spielflächenkonzeption

Herr Felke fragte an, wann die Spielflächenkonzeption in die Gremien eingebracht werden kann.

Herr Golnik erläuterte, dass die Konzeption erstellt wurde und nun noch mit Herrn Stäglin besprochen werden soll, bevor sie in die Gremien eingebracht wird. Wegen der zeitlichen Gegebenheiten wird dies erst nach der Sommerpause möglich sein.

zu 8.3 **Anfrage Herr Felke zur Kontrolle von verwahrlosten Gebäuden**

Herr Felke fragte, ob von Seiten der Verwaltung sichergestellt sei, dass verwahrloste Gebäude regelmäßig kontrolliert werden.

Die Verwaltung erklärte, dass die Bauaufsicht nur dann Kontrollen durchführt, wenn von dem Gebäude eine Gefahr für den öffentlichen Raum ausgeht. (Einsturzgefahr/lose Bauteile usw. oder das private Gelände nicht ausreichend gegen Betreten gesichert ist). Dann werden entsprechende Auflagen erteilt.

zu 8.4 **Anfrage Herr Schika Fußweg Neuglück**

Herr Schika erinnerte an seine Anfrage zum fehlenden Stück Fußweg im Bereich Göttinger Bogen / Neuglück. Hier hatte die Verwaltung geantwortet, dass es 2011 nicht mehr möglich ist, dieses Reststück zu realisieren, dass es aber in 2012 erfolgen solle. Leider ist dies aber nicht geschehen.

Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.

zu 8.5 **Anfrage Herr Bauersfeld zu Pflegemaßnahmen**

Herr Bauersfeld fragte, warum nach seiner Wahrnehmung z.B. im Bereich der Sekundarschule Reil Sträucher massiv mit der Kettensäge weggeschnitten wurden.

Herr Rost erklärte die gärtnerische Praxis, nach der Sträucher auf Stock gesetzt werden, um das Wachstum aus der Wurzel heraus zu fördern. Heutzutage kann man für solche Arbeiten auch Kettensägen einsetzen, da diese Werkzeuge ebenfalls einen präzisen Schnitt erzeugen. Die Gärtner seien aber auch noch mit Handsägen und Scheren unterwegs.

zu 8.6 **Anfrage Herr Kley zum Umbau der Grundschule am Heiderand**

Herr Kley gab folgende Fragen zu Protokoll:

1. Wann wurde die GWG mbH als Eigentümer der Anliegerhäuser und die Mieter in den Häusern Lise-Meitner-Str. 37-51 über die Maßnahmen informiert?
2. Durch Lärm und ungesichertes Sandstrahlen gibt es Einschränkungen in der Wohnqualität der umliegenden Wohnungen. Wie will die Stadt als Bauträger das auffangen?
3. Die Bauarbeiter tragen u.a. Atemschutz. Wie ist der Schutz der Kinder vor Lärm und Schmutz bei laufendem Schulbetrieb während der Baumaßnahmen (u.a. schlagbohren) sichergestellt?
4. Wann und in welchem Umfang wurden die Eltern der Grundschul Kinder über die akuten gesundheitlichen Risiken an der Grundschule am Heiderand informiert?
5. Aus welchem Grund wurden im Zuge dieser Baumaßnahmen mehr als 30 Bäume gefällt? Liegt die Genehmigung der zuständigen Behörde (FB Umwelt) vor?
6. Es ist weiterhin nachts das Licht in der Grundschule am Heiderand eingeschaltet. Welcher Grund liegt vor, der eine vollumfängliche Beleuchtung des Gebäudes in der Nacht erforderlich macht?

Die Verwaltung wird die Fragen zur Beantwortung an den zuständigen Geschäftsbereich zur Beantwortung weiterleiten.

zu 8.7. Anfrage Frau Klein zur Brückensituation in Halle

Frau Klein bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage von Herrn Kley zum aktuellen Zustand der Brückenbauwerke in Halle und kündigte an, hier detaillierte Nachfragen stellen zu wollen. Diese wird sie schriftlich formulieren und zur Beantwortung einreichen.

zu 8.8 Anfrage Frau Capeller zu Baumaßnahmen an der Spitze

Frau Capeller wollte wissen, ob es eine aktuelle Baumaßnahme im Bereich der Spitze gäbe. Sie sähe hier öfter Fahrzeuge der Firma Papenburg ein und aus fahren.

Frau Riedel antwortete, dass es hier derzeit keine neue Baumaßnahme gibt. Die Firma Papenburg hatte das Gelände während der Baumaßnahme Mansfelder Straße als Zwischenlager genutzt.

zu 8.9 Anfrage Frau Capeller zu Verkehrszählungen im Paulusviertel

Frau Capeller erfragte, zu welchem Zweck aktuell Verkehrszählungen im Paulusviertel erfolgt seien und bittet um Zurverfügungstellung der aktuellen Datenerhebungen nach Auswertung durch die Verwaltung.

Herr Loebner erklärte, dass die Zählungen turnusmäßig erfolgen und sagte eine Prüfung zu, in welcher Form die Aktualisierung der Verkehrsdaten an die Fraktionen weitergereicht werden können.

zu 8.10 Anfrage Frau Capeller zur Denkmalpflasterung Paulusviertel

Frau Capeller bittet um Auskunft, wie die unter Denkmalschutz stehende Pflasterung in den Fehlbereichen wieder ergänzt werden kann und wann und wie im weiteren verhindert werden kann, dass durch schwere LKW oder Leitungsverlegungen die Pflasterung immer weiter zerstört wird.

Die Verwaltung sagte eine Prüfung und Beantwortung zu.

zu 8.11 Anfrage Herr Sprung zur Regensburger Straße

Herr Sprung fragte nach der Beantwortung seiner Frage zur Regensburger Straße.

Die Verwaltung erklärte, dass die Beantwortung bereits beim zuständigen Fachbereich Sicherheit angemahnt wurde.

zu 8.12 Anfrage Herr Köhne zur Baumaßnahme Halle Ost

Herr Köhne stellte 3 Anfragen zu Details in der Bauausführung:

1. Im Abschnitt Endhaltestelle der Straßenbahn in Richtung Reideburg wurden vor dem Winter die Bordsteine entlang der Straße gesetzt, ohne den dahinter befindlichen Gehweg zu bauen. Im Verlauf des Winters stürzten die Bordsteine wieder ab.

Herr Köhne fragte, wer ist für diese Baumaßnahme verantwortlich, wer zahlt die doppelte Leistungseinbringung.

2. Im Bereich der Straßenbaumaßnahme Ecke Reideburger Straße / Grenzstraße ist in der Fahrbahn auf Höhe der Firma Raab Karcher ein Höhenversatz von ca. 20-30 cm.

Wie ist dieser zu erklären?

3. Die Ampel in der Delitzscher Straße stadteinwärts, Ecke Freimfelder Straße signalisiert den rechtsabbiegenden Verkehr mit Pfeil. Es wurde beobachtet, dass viele Rechtsabbieger nicht mitbekommen, dass der Pfeil rot anzeigt, während die geradeaus Signalisierung grün zeigt und biegen verkehrswidrig ab. Hierdurch kann es zu schweren Unfällen kommen.

Ist der Verwaltung das Problem bekannt?

Die Verwaltung sagte eine Prüfung und Beantwortung der Fragen zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.06.13

Dörthe Riedel
Referentin GBII

Manfred Sommer
stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Schönberg
Protokollführerin